



Onlineausgabe

Rückblick auf das Jahr 1994 und Vorschau 1995

Wir stehen 1995 am Beginn neuer Legislaturperioden des Deutschen Bundestages und des Bayer. Landtages. Sowohl der Bund als auch der Freistaat Bayern haben sich politische Ziele auf die Tagesordnung geschrieben, die für die kreisangehörigen Gemeinden von großer Bedeutung sind. Die Gemeinde Zeilarn konnte 1994 fast alle geplanten Vorhaben verwirklichen. Die größten Ausgaben des Haushaltes waren die Erschließung des Baugebietes Dambacher Feld mit restlichen Grunderwerb von ca. 2,2 Mio. DM, die Erschließung des beschränkten Gewerbegebietes in Obertürken mit ca. 210.000,-DM, die Aufstockung des Kindergartens mit ca. 350.000,- DM, der Neubau der Straße Walln mit 163.000,- DM, die Sanierung der Straße Ofenschwarz - Thalreut mit 220.000,- DM, die Errichtung einer Flutmulde und Tragschichtverstärkung der Bärnthaler Straße mit ca. 300.000,- DM.

Gemeinsam mit dem Schulverband wurden die Freisportanlagen des Schulsportplatzes neu gebaut. Die Gesamtkosten für die Laufbahnen, Hoch- und Weitsprunganlage, sowie Kugelstoßring beliefen sich auf 85.000,- DM. Diese niedrigen Kosten waren nur möglich, weil die Arbeiten vom gemeindlichen Bauhof in Eigenregie ausgeführt wurden. Der Schulverbandsausschuss sowie der Gemeinderat waren einstimmig damit einverstanden, diese Maßnahme in Eigenregie, ohne Zuschuss durchzuführen, was sich im nachhinein auch als richtig herausstellte. Die Gemeinde erklärte 1994 den Beitritt zur Euregio sowie zum Krisenstab zur Verhinderung der Sondermüllverbrennungsanlage Ranshofen. Um die Möglichkeit für weitere Gärwerbeansiedlungen zu schaffen, wurde in Obertürken neben dem bestehenden Gebiet eine Flächennutzungsplanerweiterung beantragt, die bereits genehmigt ist. In Obertürken wurde auch ein Containerstellplatz errichtet, der im Frühjahr in Betrieb gehen wird. Diese Maßnahmen konnten alle nur bewältigt werden durch die gute Zusammenarbeit, die die Arbeit des Gemeinderates prägt. Für 1995 ist die Fertigstellung des Baugebietes Dambacher Feld für das Frühjahr vordringlich. Ebenso werden erste Vorgespräche und Planung für eine Erweiterung in Zeilarn Wildbergsiedlung notwendig, da hier nunmehr 2 Parzellen frei sind. Auch die Planung und der eventuelle Neubau eines Bauhofes ist für 1995 vorgesehen. Ebenso der Neubau eines Feuerwehrgerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Obertürken. Unbedingt notwendig ist auch heuer wieder die Sanierung von Gemeindestraßen. Dem Gemeinderat wird es auch heuer wieder möglich sein, an einen Ausbau von Gemeindestraßen zu denken. Welche es sein werden, wird in der Haushaltssitzung entschieden. Verstärkte Mittel werden zum Bachausbau benötigt.

Dem Haushalt 1995 kann auch diesmal wieder ein hoher Betrag zugeführt werden, bedingt durch eine Rekorderneuerung an Gewerbesteuer 1994. Bedingt Dadurch wurden bis zum dritten Quartal 1994 bereits 820.000,- DM an Gewerbesteuerumlage fällig. Die Summe der vierten Rate ist noch nicht genau bekannt, es werden ungefähr 200.000,- DM sein. Die Gewerbesteuerumlage steigt von 56 Punkten im Jahr 1994 auf 79 Punkte in 1995. Es folgen die Lasten zur

Deutschen Einheit: Die neuen Bundesländer sind ab 1995 in den Länderfinanzausgleich mit einzubeziehen, damit der Fond Deutsche Einheit abfinanziert wird (Schuldenstand 95 Mrd. DM). Mit einem spürbaren Rückgang der Belastung kann in den nächsten 5 Jahren nicht gerechnet werden. Weitere Belastungen sind bereits angekündigt, wie z.B. die Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer zum 01.01.1996, sowie der schrittweise Abbau der Gewerbeertragssteuer. Die Kommunen sind ab 1995 zu drastischen Sparmaßnahmen und zur Einschränkung der Kommunalen Leistungen gezwungen. Die Bürger müssen mit einer deutlichen Zurücknahme des Leistungsangebots der Städte und Gemeinden, aber auch der Landkreise und Bezirke rechnen. Ohne die Belastungen der Kommunen durch ständig neue Leistungsgesetze des Bundes bzw. des Landes (Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, Bayer. Kinder- und Jugendhilfegesetz, verschärfte Anforderungen an Abwasserreinigung und Abfallbeseitigung) zu berücksichtigen, werden sie an den Lasten der Deutschen Einheit mit 38 % entsprechend Ihrem Anteil am Gesamtsteueraufkommen des Landes beteiligt. Das sind 1995 1.517 Mio. DM und damit rund 900 Mio. DM mehr als 1994. Trotz allem kann die Gemeinde Zeilarn positiv in die Zukunft blicken. Ein Dank gilt allen Bürgern, die die Arbeit der Gemeinde in irgendeiner Weise unterstützt haben, besonders den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren.

Baustatistik 1994

Die größte Anzahl der Bauanträge betraf auch heuer wieder den Wohnbausektor. Die insgesamt 22 Wohnbauvorhaben setzen sich aus 17 Einfamilienhäusern mit Garagen sowie 5 An- und Umbauten zusammen. 3 Pläne sind dem gewerblichen Bereich zuzuordnen. Aus dem landwirtschaftlichen Bereich wurden 6 Pläne eingereicht. Öffentliche Bauvorhaben waren die Erweiterung des Kindergartens und die Errichtung eines Regenrückhaltebeckens. Für übrige Bauvorhaben, z.B. Garagen, Errichtung von Werbeanlagen, Nebengebäude und Brunnen wurden 18 Genehmigungen erteilt. Aufgrund der seit 01.06.1994 novellierten Bayerischen Bauordnung besteht gem. Art. 70 Abs. 2 für Wohngebäude mit geringer Höhe im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes, welches den Festsetzungen nicht widerspricht und deren Erschließung gesichert ist, die Möglichkeit, das so genannte Genehmigungsfreistellungsverfahren zu beantragen. Die Gemeinde muß dem Bauherrn innerhalb eines Monats mitteilen, daß kein Genehmigungsverfahren durchgeführt werden soll. Seit Inkrafttreten des Gesetzes haben in der Gemeinde Zeilarn bereits 6 Bauherren von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Vorhaben außerhalb des Geltungsbereiches eines Bebauungsplanes unterliegen jedoch weiterhin der Genehmigungspflicht. Anträge auf Vorbescheid wurden 5 eingereicht. Der Antrag auf Vorbescheid wird Bauwilligen empfohlen, die im Vorfeld eines Bauantrages eventuelle Hindernisse mit der Gemeinde oder der Baugenehmigungsbehörde klären wollen.

Sondermüllverbrennungsanlage Ranshofen

Nach der positiven Nachricht, daß den Einwendern aus Bayern die Parteistellung zuerkannt wurde, so gibt es jetzt wieder berechtigten Anlass, besonders auf der Hut zu sein. Nachdem die Behörde anscheinend noch keine für sie zufrieden stellende Lösung für die Behandlung der 56.000 Einwendungen gefunden hat wird nun in Linz versucht, auf dem Weg einer nachträglichen Gesetzesänderung die Wirksamkeit der Einwendungen zu beeinträchtigen. Der Krisenstab zur Verhinderung einer Sondermüllverbrennungsanlage am Standort Ranshofen hat sich in der Sitzung am 7. November 1994 mit dieser drohenden Gefahr beschäftigt und ist in Schreiben an österreichische Politiker vehement gegen diese Absicht aufgetreten. Dem Krisenstab gehören mittlerweile 36 Städte und Gemeinden sowie mehrere Bürgerinitiativen an. Dem Krisenstab wurde erst kürzlich mitgeteilt, daß die Einreichungsunterlagen der A.S.A. vom Dezember 1993 bestehend aus 3 Ordnern nicht vollständig waren. Sie wurden im Oktober 1994 durch 18 Ordner ergänzt. Der Krisenstab hat von Anfang an darauf hingewiesen, daß die Unterlagen völlig ungenügend und für die Einleitung eines Verfahrens durch die zuständige Behörde völlig ungeeignet sind. Diese Argumentation scheint nun eindrucksvoll bestätigt. Es erhebt sich nun für den Krisenstab die Frage, was mit den vielen Bürgerinnen und Bürgern der Region Braunau geschehen soll, die beim, vom Land eingeleiteten Ediktverfahren nicht fristgerecht ihre Einwendungen abgegeben haben und sich nun durch die neuen Projektunterlagen gefährdet fühlen. Wird das Land auch jetzt den Bürgern Gelegenheit geben, ihre Stellungnahmen zur Ergänzung des Projektes abzugeben? Der Krisenstab wird sein Rechtsanwältenteam damit beauftragen, diese Frage eingehend zu prüfen.

Landesrat Pühringer initiiert "Bürgerrechtsbeschneidungsgesetz"

Wie Zeitungsmeldungen zu dem geplanten Giftmüllöfen in Ranshofen zu entnehmen war, haben sich Landesrat Dr. Pühringer und seine Umweltschutzabteilung in der letzten Zeit damit befasst, Unterlagen für einen Initiativantrag von NR Kukacka zusammenzustellen, mit dem die verfahrensrechtlichen Bestimmungen des Abfallwirtschaftsgesetzes und das AVG rückwirkend geändert werden sollen. Für den Krisenstab, dem mittlerweile 36 Städte und Gemeinden sowie mehrere Bürgerinitiativen angehören, steht fest, daß durch diese Bestrebung die Wirksamkeit der Einwendungen gegen das Projekt einer Giftmüllverbrennungsanlage am Standort Ranshofen/Neukirchen nachträglich geschwächt werden soll. Der Krisenstab erhebt schärfsten Protest gegen eine solche Vorgehensweise. Dieser Protest erscheint in unseren Augen um so gerechtfertigter, als den Vertretern des Krisenstabes wiederholt von den zuständigen Politikern, die vom Krisenstab um Hilfe ersucht worden sind, erklärt worden ist, daß eine politische Einflussnahme auf das Verfahren völlig ausgeschlossen sei und man die Führung des Verfahrens den Fachbeamten überlasse. Der Krisenstab drängt darauf, daß dieses Versprechen der political correctness nun auch vollständig eingehalten wird, d.h. wenn die zuständigen Politiker schon nichts für die Anliegen der vom Krisenstab vertretenen Bürgern unternehmen, dürften sie jedenfalls auch nichts gegen die Bürger unternehmen. Der Versuch, in ein laufendes Verfahren durch eine nachträgliche Gesetzesänderung zum Nachteil der betroffenen Bürger einzugreifen, stellt in unseren Augen eine Initiative für ein neues Bürgerrechtsbeschneidungsgesetz dar.

Landrat Seban Dönhuber sprach über die "Euregio"

Auf Einladung der KAB-Zeilarn sprach der Landrat des Landkreises Altötting Seban Dönhuber über die "Euregio". Die Europäische Union sei eine Institution, die nicht mehr wegzudenken sei. Zu ihr gebe es keine Alternative. Sicher sei die EU mit Schwächen und Fehlern behaftet, wie die Ohnmacht gegenüber dem Konflikt am Balkan zeige. Dennoch zeige die EU eine große Kraft auf wirtschaftlichem Gebiet und man könne sie nicht mehr wegdenken. Das vereinigte Europa sei für die Bürger geschaffen worden und für deren Regionen, nicht für die bürokratischen Zentralisten in Brüssel. Europa bedeute Vielfalt in sozialer, gesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht. Doch drohe der europäische Geist in einem "Kleinkrämer - Geist" zu verfallen. Damit dies nicht geschehe, komme den "Euregios" an den Binnengrenzen der EU eine große Bedeutung zu. Euregio ist eine Region in der die Bewohner beiderseits der Grenzen viele Gemeinsamkeiten aufweisen. Die Euregio solle dazu dienen, Nachteile, die sich durch nationale und regionale Randlagen ergäben, abzubauen und auszubauen. In den Euregios müsse erprobt werden, wie ein Europa einmal ohne Grenzen aussehen werde. Nachdem Österreich nun bei der EU ist, ist es an der Zeit, eine "Inn- Salzach- Euregio" zu verwirklichen. Bereits seit 1991 habe er, Dönhuber, daran gearbeitet. Auf kommunaler Ebene ist die Euregio bereits vorbereitet worden. Sie wurde gebildet aus den vier österreichischen Bezirken Braunau, Schärding, Ried und Grieskirchen und den bayerischen Landkreisen Passau, Rottal- Inn, Mühldorf, Traunstein und Altötting. Hier solle eine intensive und breite Begegnung zwischen Österreich und Bayern stattfinden, um Erfahrungen, Kenntnisse und Vorstellungen auszutauschen.

Schwerpunkt der Arbeit seien die Lösung der Probleme der A94 und der Ausbau der Bahnlinie München - Simbach - Braunau - Linz. Im Umwelt- und Naturschutzbereich könne man sich Grenzübergreifende Naturschutzparks vorstellen. Eine Zusammenarbeit der Bäder- und Heilkuren könne ein weiterer Schwerpunkt sein. Im Bildungsbereich wäre eine gemeinsame Fachhochschule z.B. in Burghausen denkbar. Grenzüberschreitende Arbeitsvermittlungen und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitnehmer müssten möglich sein. Die bayerische Inn- Salzach- Euregio wurde am 24. Februar 1994 in Burghausen gegründet und ist seit 1. Juli ein eingetragener Verein. Die oberösterreichische Seite traf sich zur Gründung am 14. Mai in Ried. Auf bayerischer Seite seien bereits Fachgruppen gebildet worden. Eine gemeinsame Sitzung der beiden Euregios hat Ende November in Braunau stattgefunden. Hier waren konkrete Einzelheiten der Fachgruppen besprochen worden.

Staatsminister Erwin Huber hatte jüngst zugesagt, daß sich Bayern sehr engagieren werde dafür, daß die Euregios aus Mitteln der EU gefördert werden sollen, um grenzüberschreitende Projekte zu verwirklichen.

Basar im Kindergarten

Am Samstag den 4. März 1995 findet im Kindergarten Zeilarn wieder ein Basar statt. Baby- und Kinderbekleidung bis Gr. 176, Spielsachen, Kinderwagen, Wippen, Gehfrei, Laufstall, Umstandsbekleidung usw. kann am Freitag, den 3. März 1995 von 16.00 Uhr bis 19.00 Uhr im sauberen Zustand abgegeben werden. Am Freitag findet kein Verkauf mehr statt. Die Ware wird bei der Annahme nummeriert und ausgezeichnet. Pro Person wird ein Unkostenbeitrag von 1,- DM erhoben. Es werden nur jeweils 30 Gegenstände angenommen. Wie jedes Jahr kommen 10 % des Umsatzes dem Kindergarten zugute.

Das neue Planziegelwerk geht in Betrieb

Staatssekretär Spitzner lobt zukunftsweisende Investitionen der Baustoffwerke Schlagmann

Die Aufwärtsentwicklung der Baustoffwerke Schlagmann in Lanhofen hält an!

Mit dem termingerechten Produktionsbeginn im 40 Millionen Mark teuren Ziegelwerk beginnt für die nunmehr 269 Mitarbeiter ein neuer Abschnitt in der Unternehmensgeschichte.

Die Erfolgsbilanz gab Firmenchef Alfred Schlagmann bei einem Informationsgespräch im Verwaltungsgebäude des Werkes bekannt. Prominente Teilnehmer waren Staatssekretär Hans Spitzner vom bayerischen Wirtschaftsministerium, Regierungsvizepräsident Walter Zitzelsberger, Wolfgang Meier von der Regierung von Niederbayern, MdL Dr. Herbert Kempfner, Landrätin Bruni Mayer, Anton Ober vom Landratsamt Rottal-Inn und Bürgermeister Peter Stallbauer. Seitens der Firma waren neben Prokurist Franz Eichinger und Geschäftsführer Walter Schramm und der Assistent der Geschäftsleitung, Johannes Edmüller, dabei. Durch hohen Kapitaleinsatz, so Alfred Schlagmann, sei es gelungen, weitere Arbeitsplätze aufzubauen. Die Zahl der Mitarbeiter in den vier Elementdecken- und zwei Ziegelwerken sei von 176 im Vorjahr auf 269 in diesem Jahr angestiegen. Der Umsatz werde sich der 100-Millionen-Mark-Grenze nähern, die Gewerbesteuer für die Gemeinde Zeilarn - darüber freute sich der Bürgermeister Peter Stallbauer - werde auf rund zwei Millionen DM ansteigen.

Staatssekretär Hans Spitzner zeigte sich beeindruckt von der Bilanz, lobte die Investitionsbereitschaft und den Einsatz zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Er meinte, ebenso wie Regierungsvizepräsident Zitzelsberger und MdL Dr. Kempfner, daß Wirtschaftsfördermittel hier "wirksam und gut" angelegt worden seien. Landrätin Bruni Mayer bescheinigte dem Unternehmen "großen Einsatz" im Bereich des Umweltschutzes.

Firmenchef Alfred Schlagmann führte aus, mit Fertigstellung des neuen Werkes könne nicht nur die Kapazität sondern vor allem auch die Qualität der Produkte gesteigert werden. Geschäftsführer Walter Schramm nannte als Hauptgründe für den Bau den Qualitätsanspruch auf dem Markt und die neue Wärmeschutzverordnung. So habe man sich für ein Werk mit der neuesten Technologie entschieden.

Ganz besonders stolz sei man auf die absolut umweltfreundliche Produktion. So konnten insbesondere durch die auf 14 km Länge errichtete Erdgasleitung die ohnehin niedrigen Emissionen im neuen Werk nochmals reduziert werden. Für die von Simbach nach Tannenbach errichtete Gasleitung leistete die Firma Schlagmann einen Baukostenzuschuss von 600 TDM an die Erdgas-Südbayern. Die Gesamtinvestition des neuen Werkes beläuft sich auf rund 40 Mio DM, wie Firmenchef Alfred Schlagmann abschließend ausführte. Eine Besichtigung der neuen Halle - sie ist mit einer Länge von 192 Metern eine der größten Fertigungshallen im Landkreis - rundete das Informationsgespräch ab. Alle Regierungsvertreter waren sich einig, daß diese Investition ein weiterer Schritt zur Verbesserung des Wirtschaftsraumes Niederbayern ist.



(v.l.n.r.)

Bürgermeister Peter Stallbauer, Firmenchef Alfred Schlagmann, Wolfgang Meier von der Regierung Niederbayern, Staatssekretär Hans Spitzner, Regierungsvizepräsident Walter Zitzelsberger, Landrätin Bruni Mayer, MdL Dr. Herbert Kempfner, Assistent der Geschäftsleitung Johannes Edmüller, Geschäftsführer Walter Schramm und Anton Ober vom Landratsamt.

Bürgerversammlung 1995

Der Termin für die Bürgerversammlung wurde auf Montag, den 6.3.1995 im Gasthaus "Zur Linde" in Gumpersdorf festgelegt.

Bürgermeister Stallbauer wird Rechenschaft über das abgelaufene Jahr ablegen und die Vorhaben im Jahr 1995 darlegen. Anliegen, die in der Bürgerversammlung vorgebracht werden, müssen im Gemeinderat behandelt werden. Nehmen Sie also recht zahlreich an der Bürgerversammlung teil, ist sie doch ein wirksames Instrument und Zeichen lebendiger Demokratie.

Friseurin aus Zeilarn bayerische Meisterin 1994 im Damenhaarschnitt

Marion Wimmer aus Zeilarn holte sich bei den bayerischen Meisterschaften im Friseurhandwerk in Nürnberg einen Einzelsieg und damit den 1. Platz im Damenhaarschnitt am "Arbeitskopf".

Pokal und Meisterurkunde für ihre vorgestellte Wettbewerbsfrisur am Postichekopf durfte Marion Wimmer, die im Friseursalon Kronfeld, Zeilarn, beschäftigt ist, mit nach Hause nehmen.

Über die hervorragende Leistung freute sich das ganze Team: Werner und Annemarie Kronfeld, Alexander Kronfeld, Brigitte Püschel, Claudia Hinterecker und Silvia Spermann.

Die "Redakteure" des Gemeindeboten freuen sich ebenso über diese famose Leistung der jungen Gemeindebürgerin.

Hilfe und Hoffnung für Flüchtlinge

Über 100 Zentner an Hilfsgütern für notleidende Bosnier

Elternbeirat, Schülermitverwaltung und Schulleitung der Schule Zeilarn hatten eine Hilfsaktion für Flüchtlinge aus Bosnien veranstaltet. Über fünf Tonnen Hilfsgüter aller Art und 1400,- DM spendeten Schüler, Eltern und Bürger in und um Zeilarn. Die Familie Ingerl aus Hirschbach hatte diese Spenden persönlich nach Kroatien gebracht und dort direkt an die Flüchtlinge verteilt.

Auf Anregung des Elternbeirates mit ihrer Vorsitzenden Gerti Gramer, mit Unterstützung der Schulleitung und der Schülermitverwaltung fand die Spendenaktion statt. Sie brachte das stolze Ergebnis von über 100 Zentnern an Warenspenden. Die Schulkinder der unteren Klassen hatten Weihnachtsschmuck und Weihnachtskarten gebastelt, die am Zeilarn Christkindmarkt verkauft wurden. Dies erbrachte den Betrag von 700,- DM. Die Schülermitverwaltung und die Schülerinnen und Schüler der neunten Klasse hatten eine Tombola veranstaltet mit dem Ergebnis von 500,- DM. Elternbeirat Dettlef Busse legte noch 200,- DM dazu, statt Weihnachtsgeschenken an Geschäftskunden. - Gisela Niedermeier von der Familie Ingerl holte die Waren und den Geldbetrag in Zeilarn ab. Die Familie Ingerl engagierte sich persönlich für die Bosnienflüchtlinge in und um Karlovac. Sie verteilt dort Spenden direkt vom Lastwagen aus an die notleidende Bevölkerung.

Die Stadt Karlovac in Kroatien liegt ca. 50 km südlich von Zagreb und hat selbst 18.000 Einwohner. In und um diese Stadt leben 30.000 Flüchtlinge aus Bosnien, die unter größten Entbehrungen und größter Not leiden. Die humanitären und sanitären Verhältnisse sind unvorstellbar schlecht; die Versorgung mit Medikamenten ist völlig unzureichend. Für das gespendete Bargeld wurden Medikamente und Hygieneartikel gekauft und zur Verteilung mitgenommen. Der Transport der Familie Ingerl startete am 27. Dezember. Im Februar wird in Zeilarn ein Lichtbildervortrag stattfinden, in dem Dias von der Not und von der Hilfsaktion in Karlovac gezeigt werden. Im Frühjahr soll ein weiterer Transport zusammengestellt werden mit Lebensmitteln und anderen dringend benötigten Dingen, die in das dortige Notgebiet gebracht werden sollen.

Gespendet haben:

Zum Jahreswechsel gab es noch eine besondere Freude für die Vorstandschaft des Pfarrcaritasvereines Zeilarn eV. Die Firma Englbert Unterhuber, Schreinerei in Babing, spendete 1000,- DM! Auch die Geschäftsleitung der Raiffeisenbank Reischach-Wurmannsquick-Zeilarn eG überreichte dem Vorstand einen Scheck in Höhe von 1000,- DM.

Ludwig Matzeder bedankte sich bei diesen Firmen herzlich und betonte, daß dieses Jahr wegen der Fertigstellung des neu erbauten Gymnastikraumes und der damit verbundenen Neuausstattung an teuren Turngeräten besondere finanzielle Anforderungen an den Verein gestellt werden. Er stellte dies auch als Zeichen besonderer Verbundenheit zwischen der heimischen Wirtschaft und des Kindergartens heraus.

Der Vorstand dankt auch auf diesem Weg nochmals allen Spendern, die während des Jahres einen Geldbetrag oder auch eine Sachspende dem Verein zur Verfügung stellten.

Geschichte der Pfarrei Zeilarn

Im Jahr 1900 hatte Pfarrer Andreas Osterkorn (Pfarrer in Zeilarn von 1892 bis 1901) die Chronik der Pfarrei Zeilarn geschrieben.

Auf 76 Seiten hat Osterkorn das Wesentlichste aus der Geschichte der Pfarrei von ihren Ursprüngen an bis zum Jahr 1900 historisch statistisch beschrieben. Das Büchlein war in Vergessenheit geraten. Darum wurde es im Original nachgedruckt. Die Auflage betrug 500 Stück. Seit Erscheinen des Nachdruckes wurden viele Exemplare verkauft. Es sind nur noch knapp 150 Stück vorhanden. Ein Büchlein kostet 8,- DM; davon werden zwei Mark für die Kirchenrenovierung abgezweigt. Eine Neuauflage ist in absehbarer Zeit nicht vorgesehen. Es eignet sich sehr als Geschenk für die Verwandtschaft, die nicht mehr hier wohnt, oder für andere Geschenkkanäle. Es ist auch sicher für Gemeindebürger interessant, die erst zugezogen sind oder die nicht in der Pfarrei Zeilarn wohnen. Zu kaufen gibt es das Büchlein im Pfarrhof, im Haushaltwarengeschäft Stadler, bei der Raiffeisenbank Zeilarn, bei der Sparkasse Zeilarn, in der Gemeindeverwaltung und bei Klimt in Obertürken.

Das Ende der Post in Zeilarn

Mit Beginn des Jahres 1995 wurde die Poststelle in Zeilarn geschlossen. Die Bundespost begründete diese Maßnahme mit der geringen Inanspruchnahme durch die Bürger. Mit einer Verbesserung dieser Situation sei nicht zu rechnen. Eine Beibehaltung der Poststelle in Zeilarn sei deshalb aus Kostengründen nicht vertretbar. Die Bemühungen der Gemeinde zumindest eine Postagentur einzurichten, sind bis jetzt weder positiv noch negativ beantwortet worden. In der Pressemitteilung vom 23.12.1994 hieß es, "daß das geringe Geschäftsvolumen der posteigenen Filiale nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch die Einrichtung einer Postagentur nicht zulasse. Da die Zusteller im Bereich geschlossener Filialen weitgehend die Aufgabe einer `ambulanten` Verkaufsstelle übernehmen, können die Zeilarn Bürger bei ihrem Postboten auch Briefmarken kaufen und ihm Einschreibbriefe, Geldbeträge, sowie Briefe und Pakete kostenlos mitgeben."

In der Praxis schaut das so aus: 1. Man nimmt einen auffallend farbigen Zettel und heftet ihn an den Hausbriefkasten. 2. Man schreibe seinen Postwunsch darauf. 3. Durch die Farbe aufmerksam gemacht, erscheint der Postbote bei seinem nächsten Gang zwischen 9.00 Uhr und 13.00 Uhr. 4. Er nimmt dann das Paket (z.B.) entgegen und nimmt es mit nach Tann. 5. Dort wird es gewogen und der Portopreis bestimmt. 6. Am nächsten Tag kommt der Zusteller wieder (zwischen 9.00 und 13.00 Uhr) und übergibt den Abschnitt der Paketkarte. 7. Er kassiert das Porto.

Erfahrung beim Briefmarkenkauf: Am Hausbriefkasten hängt eine Plastikhülle mit Wunschzettel nach zehn Briefmarken zu einer DM, dazu ein Zehnmarkschein beigelegt. Ergebnis: 1. Tag: Keine Briefmarken, wahrscheinlich war der Postbote übersehen worden, da er schon eher da war. 2. Tag: Keine Briefmarken, weil keine Post abzugeben war, es war aber die Hülle mit Wunsch und Geld angebracht! 3. Tag: Endlich, der Postbote läutet an der Haustür und gesteht, daß er keine Marken zu einer DM dabei habe, nur sieben 80er. So bekam der Postkunde am 3. Tag seine Marken: sieben 80er und sieben 20er.

"In Ostbayern: Post kündigt verbesserten Service an". Dieser Satz klingt wie blanker Hohn! Nachzulesen in der PNP v. 11.01.95.

Der "Öffentliche Personen-Nahverkehr"

Im jüngster Zeit gibt es eine Diskussion über den "öffentlichen Personennahverkehr". Im Zuge der Privatisierung staatlicher Unternehmen und Einrichtungen ist auch der ÖPNV betroffen; das heißt die Zuständigkeit wurde den Gemeinden und Landkreisen übertragen. Dieser ÖPNV dient vor allem der Beförderung von Personen, die kein eigenes Fahrzeug oder keinen Führerschein haben, das sind ältere Menschen, aber auch Schüler und Lehrlinge. Sie sind auf den ÖPNV angewiesen. Früher gab es, wie sich Ältere vielleicht erinnern können, den "Bahnbus" oder den "Postbus". Bis in die 70er Jahre war in Zeilarn ein Postbus stationiert. Er kam abends von Eggenfelden, übernachtete in Babing in einer Postgarage - sie gehört zum Gasthof Diem- und fuhr frühmorgens nach Eggenfelden.

In den Aufzeichnungen von Pfarrer Eberhard Herfellner (Pfarrer in Zeilarn von 1905 bis 1917) heißt es: "Im Juni 1913, Motorpostprobefahrt von Eggenfelden- Wurmansquick-Zeilarn- Markt- Burghausen und zurück über Tann, Roggfling - Eggenfelden. Zeilarn hatte nämlich schon einmal um Einführung einer Automobilverbindung petitioniert (gebeten)". Hierbei ist anzumerken, daß der Güterverkehr zum und vom Bahnhof Buch nach Zeilarn mit Pferdefuhrwerken erfolgte.-

Die Bahn und die Post fusionierten Ende der 70er Jahre zur "Bahnpost" und führten gemeinsam den ÖPNV durch, zum Teil mit Vergabe der Linien an Privatunternehmer, "Im Auftrag der Post bzw. der Bahn". Diese Einrichtung wurde dann vor ein paar Jahren in die "Regionalbus Ostbayern GmbH RBO" überführt.

Im Oktober 1994 wurde eine Verkehrsgemeinschaft Rottal - Inn (VGRI) gegründet. Darin sind vertreten der Landkreis Rottal - Inn, die RBO und neun private Verkehrsunternehmen, die den ÖPNV durchführen. Aus unserem Bereich sind es die Unternehmen Penninger- Babing, Asanger- Tann, Schemmer-Wurmansquick, Brodschelm- Simbach/Burghausen. Landrätin Bruni Mayer freute sich über die Gründung dieser Gemeinschaft: "Der Landkreis Rottal-Inn übernimmt wieder einmal die 'Pilot-Funktion' für Bayern".

Diese VGRI hat sich folgende Ziele gesteckt: "Der Nahverkehr soll schneller und besser werden, den Bedürfnissen des öffentlichen Personenverkehrs gerecht werden; künftig wird ein einheitliches Tarifsysteem angestrebt. Ziel ist eine häufige, regelmäßige und bequeme Verkehrsbedienung, die Verdichtung des Fahrangebotes; der verbesserte ÖPNV kommt natürlich der gesamten Bevölkerung zugute. Die Verbesserungen sollen mit staatlichen Zuwendungen finanziert werden. Es gelte hierbei auch die für 1994 vom Staat in Aussicht gestellten ÖPNV-Mittel in Höhe von 890.000,- DM voll auszuschöpfen", (Aus PNP v. 29.10.94).

Was ist nun seit Oktober 1994 geschehen?

Es wurde eine "Disco-Bus-Verbindung" probeweise bis März 1995 eingeführt, die mit 50.000,- DM bezuschusst wird. Wie man hört, sollen für 600.000,- DM Fahrscheinautomaten für die Omnibusse angeschafft werden. Über den Rest von 240.000,- DM herrscht Unklarheit.

Die Fa. Penninger bedient die Linie Babing - Simbach und zurück recht gut. Man kann früh, mittags und am Nachmittag nach Simbach und zurück fahren. Neuerdings wurde auch eine Rückfahrt von Simbach am Abend eingerichtet, Abfahrt um 18.15 Uhr werktags in Simbach. Außerdem wurde eine Sams-tagsfahrt eingeführt, ab Babing um 9.00 Uhr, Rückfahrt um 13.00 Uhr.

Auch die Verbindung nach Eggenfelden und zurück, morgens, mittags und abends ist annehmbar. Schwieriger ist die Anbindung an Tann. Da müsste man bereits um 6.30 Uhr in Zeilarn abfahren und kann um 13.36 Uhr wieder zurück. Die Verbindung nach Pfarrkirchen ist ebenfalls in der Früh möglich und mittags zurück über Tann. Auch eine Verbindung über

Eggenfelden nach Pfarrkirchen ist möglich; die Reise dauert allerdings einen ganzen Tag. Die Verkehrsverbindung Untertürken- Lanhofen- Wiesmühle- Tann bzw. Pfarrkirchen und zurück sind gut.

Früher waren auch Fahrten nach Altötting und zurück möglich. Diese wurden 1994 ersatzlos gestrichen. Ein Arztbesuch in Reischach oder in Mitterskirchen mit dem ÖPNV ist nicht möglich. Inwieweit die staatlichen Mittel zugunsten der Bevölkerung eingesetzt werden, ist abzuwarten.

Außerdem wäre interessant zu beobachten, wie die Bevölkerung die künftigen Verbesserungen annimmt.

Im Landkreis Rottal-Inn gibt es rund 88.000 Personenkraftwagen, das entspricht 854 Pkw je 1000 Einwohner oder 3,5 Pkw je Haushalt. Diese Fahrzeugdichte ist bedingt durch die Zersplitterung der Wohngebiete in den Außenbereichen und natürlich durch den persönlichen Drang des Menschen nach eigener Mobilität. Der Individualverkehr wird wohl keine Verminderung durch eine Verbesserung des ÖPNV erfahren.

Achtung Fehler!

(Auszug aus der Warentest-Zeitung 2/94)

Dass Finanzbeamte allwissend sind, erwartet niemand. Wohl aber, daß sie unsere Steuerschuld richtig festsetzen. Die Überprüfung von 83 Steuerbescheiden ergab: jeder dritte war falsch. Da bleibt oft nur eins: Einspruch einlegen.

Eigentlich alles Routine: 83 Steuererklärungen ohne besonderen Schwierigkeitsgrad von Arbeitnehmern, die jeder Lohnsteuerhilfverein beraten darf. Trotzdem kamen mehr als ein Drittel der Finanzbeamten nicht damit klar. Auch in den westlichen Bundesländern war das Ergebnis nicht berühmt: Fast jeder dritte Steuerbescheid enthielt Fehler, die auch im Interesse der Finanzverwaltung nicht passieren dürfen. Denn: So mancher Patzer beutelt nicht das Portemonnaie des Steuerzahlers, er geht zu Lasten der Finanzamtskasse.

Mangelnde Kenntnisse im Steuerrecht, falsche Rechtsanwendung und eine mitunter sehr laxen Prüfung der Steuererklärungen waren leider auch bei über der Hälfte aller Fehler Grund dafür, daß das Finanzamt Steuerzahlern zu Unrecht einen Strich durch die Rechnung machte.

Steuerzahlern, die dadurch finanzielle Nachteile haben, bleibt nur eins: Einspruch einlegen. Dazu haben sie nach Zugang des Steuerbescheids einen Monat Zeit. Die Einmonatsfrist ist eine Ausschlussfrist. Danach kann man seine Rechte nur noch mit einem "Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand" wahren. Das geht aber nur, wenn die Einspruchsfrist ohne Verschulden versäumt wurde - zum Beispiel, weil jemand schwer krank war.

Fehler zum Vorteil:

Und was tun Steuerzahler, die sich über Fehler der Finanzbeamten freuen, weil sie dadurch weniger Steuern zahlen? Sie können ihr Geld behalten. Bemerkt das Finanzamt den Irrtum später, hat es kein Recht, zu wenig gezahlte Steuern nachzufordern. Vorsicht ist nur angebracht, wenn wegen anderer Fehler Einspruch eingelegt wurde. Entdecken Finanzbeamte bei der Prüfung des Falls, daß zum Beispiel Kinderfreibeträge zu Unrecht anerkannt wurden, können sie ihren Fehler nachträglich korrigieren, auch wenn sich der Einspruch gegen ganz andere Punkte im Steuerbescheid richtet. Die beabsichtigten Korrekturen müssen sie dem Steuerzahler jedoch mitteilen, damit dieser seinen Einspruch zurückziehen kann. Fällt die Steuerschuld höher als ursprünglich festgesetzt aus, ist also in letzter Minute noch ein Rückzieher möglich.

Es wird ausdrücklich betont, hier handelt es sich um einen Auszug aus der genannten Testzeitung und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Wenn Sie die Steuererklärung selbst erstellen, machen Sie sich eine Kopie oder Abschrift davon, damit ein Vergleich mit dem Steuerbescheid möglich ist.

Standesamtliche Nachrichten

Geburten:

Eder Sascha Johannes aus Babing

Eheschließungen

Störk Paul Erich aus Kohlöd
Liebl Beate Christa aus Kohlöd

Kaltenhauser Johann Peter aus Wolfgrub
Maier Ingrid Anna aus Wolfgrub

Jubilare:

70 Jahre wurden:

Rattinger Maria aus Schatzlöd
Augustin Frieda aus Lanhofen
Barthuber Sebastian aus Babing

75 Jahre wurden:

Zwiefkopf Maria aus Zeilarn
Maier Josef aus Hempelsberg

80 Jahre wurden:

Hinterleitner Elsa aus Lanhofen
Reithmeier Franziska aus Lanhofen

Verstorben sind:

Bruckmaier Anna aus Lederschmid im Alter von 76 Jahren
Buchner Kreszenz aus Sonnertsham im Alter von 86 Jahren
Muchitsch Fritz Alois aus Thannenthal im Alter v. 34 Jahren

Statistisches aus Zeilarn per 31.12.1994

Eheschließungen	15
Geburten	24
Sterbefälle	16
Einwohner	2265
davon Ausländer	43
Männlich	1161
Weiblich	1104
Verheiratet	1093
Haushalte in Zeilarn	844

Pfarrcaritasverein Zeilarn e.V.

In der Jahresversammlung des Pfarrcaritasvereines am 9.1.1995 wurde die gesamte Vorstandschaft für weitere drei Jahre wieder gewählt.

1. Vorstand: Ludwig Matzeder 2. Vorstand: Reserl Paintmayer

1. Kassier: Luise Lindner 2. Kassier: Hermann Lindner

Schriftführer: Bärbli Kriegel

Beisitzer: Ludwig Niedermeier, Anneliese Dietl und Sieglinde Huber

Die Redaktion des Gemeindeboten wünscht den Gewählten viel Erfolg bei der Bewältigung der Aufgaben.

Der Pfarrcaritasverein als Träger des Kindergartens stellt für die Gemeinde Zeilarn eine große Hilfe dar. Müsste die Gemeinde die Trägerschaft ausüben, hätte diese statt 40 % sogar 60% der Personalkosten und den gesamten Sachaufwand zu tragen, wobei durch die Elternbeiträge nur ein Teil der Kosten abgedeckt wird.

Der Pfarrcaritasverein Zeilarn finanziert die Mehrkosten durch die Beiträge der ca. 150 Mitglieder, durch die Veranstaltung der Weinfeste in Zeilarn und Obertürken und durch Einzelspenden. Es wird jedoch immer schwerer, die notwendigen Mittel aufzubringen. Deshalb unser Aufruf an Sie:

- Besuchen Sie die Veranstaltungen

- Werden Sie Mitglied im Pfarrcaritasverein Zeilarn e.V.! Der Mindestmitgliedsbeitrag beträgt nur 24,- DM im Jahr. Aufnahmeformulare liegen im Kindergarten Zeilarn, im Pfarrhof und in den Banken auf.

Veranstaltungskalender vom 1. Febr. 1995 - 31. März 1995

- 03.02. Underground-Party im Leonberger Keller
- 04.02. Faschingsball der Sportfreunde Zeilarn in Zeilarn
- 11.02. Faschingsball der FFW Gumpersdorf im Gasthaus zur Linde
- 12.02. Jugendfasching des Trachtenvereins Leonberg in Zeilarn ab 14.00 Uhr
- 14.02. Informations-Versammlung wegen der Wasseranschlüsse für Gumpersdorf und Kelldorf um 19.30 Uhr im Gasthaus zur Linde in Gumpersdorf
- 18.02. Feuerwehrball der FFW Marktberg im Bürgersaal in Markt
- 18.02. Faschingsball des MSC-Zeilarn in Zeilarn
- 23.02. Lumpenball im Schützenhaus in Schildthurn
- 24.02. Vereinsfasching in Zeilarn des Trachtenvereins Leonberg
- 25.02. Faschingsball des "Workshop Orange" im Gasthaus zur Linde in Gumpersdorf
- 26.02. Maskierter Frühschoppen des SV Gumpersdorf im Sportheim
- 27.02. Frauenbundball in Zeilarn
- 28.02. Kinderfasching in Zeilarn
- 01.03. Fischessen in Zeilarn
- 03.03. Jahreshauptversammlung der Schützen im Schützenhaus in Schildthurn
- 10.03. Schafkopffrennen im Schützenhaus in Schildthurn der Schützen und des Pantoffelclubs
- 11.03. Generalversammlung der FFW Schildthurn im Schützenhaus
- 12.03. Jahreshauptversammlung des VDK in Zeilarn
- 17.03. Schafkopf-Gemeinde-Meisterschaft in Gumpersdorf im Sportheim
- 19.03. Josefi-Schafkopffrennen in Obertürken
- 24.03. Jahreshauptversammlung der Sportfreunde Zeilarn
- 25.03. Heimatabend des Trachtenvereins Leonberg im Bürgersaal in Markt
- 26.03. Altnachmittag des Frauendbundes in Zeilarn
- 31.03. Frühjahrsversammlung d. FFW Obertürken in Obertürken

TWiSt- Info "Fortbildungsprämie" Gewährung einer Prämie zur Fort- bildung und Existenzgründung

Der Freistaat Bayern gewährt im Rahmen des Aktionsprogramms Bayern für mehr Beschäftigung eine Prämie zur individuellen beruflichen Fortbildung, die einer Existenzgründung vorangegangen ist. Die Höhe der Prämie wird bei Existenzgründung gewährt. Die Prämie beträgt grundsätzlich 5.000,- DM und wird in als Ziel-5 b-Gebiet ausgewiesenen Regionen, wie im Landkreis Rottal-Inn, aus Mitteln des Europäischen Strukturfonds um 4.000,00 DM (also insgesamt 9.000,- DM) vorbehaltlich der Genehmigung durch die Europäische Union aufgestockt.

Als Voraussetzung ist eine für die spätere Existenzgründung maßgebliche Fortbildungsmaßnahme mit einer erfolgreich abgeschlossenen Prüfung nach § 46 des Berufsbildungsgesetzes bzw. § 46 der Handwerksordnung nachzuweisen. Die Fortbildungsmaßnahme muß nach dem 01.01.1994 begonnen worden sein. Besteht eine Maßnahme aus mehreren Teilen, so ist der Beginn des ersten Teiles entscheidend. Das Studium an einer (Fach-) Hochschule ist nicht förderfähig. Die Anträge können längstens 1 Jahr nach Existenzgründung gestellt werden. Weitere Auskünfte erteilt die Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, Nicolastr. 10, 94032 Passau, Tel.Nr. 0851/53010 bzw. das Landratsamt Rottal-Inn, TWiSt, Herr Ober, Tel.Nr. 08561/20228.